

Das BILD der WELT

Ereignisse in Deutschland

Das Reparations-Programm

Der Oberste Rat der Alliierten in Paris hat auf seiner Tagung zwischen dem 24. und 29. Januar in erster Linie die Wiedergutmachungsfrage behandelt und eine Vereinbarung erzielt, wonach von Deutschland die Zahlung einer festen Entschädigungssumme von 226 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten, die von 2 bis zu 6 Milliarden ansteigen, ferner die Zahlung von 12 v. H. des Wertes seiner Ausfuhr für 42 Jahre gefordert werden.

gefährlich sind. Zusammenfassend erklärte Dr. Simons: „Wir können auf die Grundlage des Arrangements, das uns die Alliierten übergeben haben, als auf die Basis weiterer Verhandlungen nicht treten. Wir werden es versuchen, neue Vorschläge auszuarbeiten und werden die Ladung der alliierten Regierungen abwarten.“ Am Mittwoch, dem 2. Februar nahm der Reichstag zu diesen Erklärungen Stellung. Die überwiegende Mehrheit des Parlaments — mit Ausnahme der Kommunisten — stimmten der Haltung der Regierung zu.

Die Anerkennung der Randstaaten

Am 26. Januar hat der Oberste Rat in Paris beschlossen, die russischen Randstaaten an der Ostsee und im Kaukasus anzuerkennen. Der Beschluss kam völlig überraschend, da von Verhandlungen unmittelbar vorher nichts bekannt geworden war. Diese aber hätte man um so mehr erwarten müssen, als in der Frage der russischen Randstaaten der französische Standpunkt vom englischen grundsätzlich abwich.

Presse und Politik

Eine bemerkenswerte Aussprache über die Bedeutung der Presse für die Politik, insbesondere für die Außenpolitik, ergab sich bei der Festversammlung, die der Reichsverband der deutschen Presse aus Anlass seines zehnjährigen Bestehens in Berlin veranstaltete. Minister Dr. Simons konstatierte, dass ein Versuch, die deutsche Presse anders zu leiten, als in der Richtung ihrer politischen Überzeugung, zur Erfolglosigkeit verurteilt wäre, und er betonte weiter, dass die Presse mit grösserer Freiheit als der handelnde Staatsmann ein politisches Leitgedanken zu vertreten in der Lage sei.

Das neue Heer

Dem deutschen Volk ist durch den Frieden von Versailles eine Gestaltung seines Heerwesens aufgezwungen worden, die weder den inneren noch den äusseren Notwendigkeiten Rechnung trägt. Trotzdem sind im Verlauf des letzten Jahres alle Massnahmen getroffen worden, um das neue Heer aus laugezeiten Berufssoldaten aufzustellen und die vielen Tausende von Offizieren, deren Entlassung in dem engen Rahmen des 100 000-Mann-Heeres keinen Platz finden konnte, ohne Reibung, wenn auch mit schmerzlichen Wirkungen für den einzelnen, dem Zufalle zu zuführen. Eine endgültige Regelung der Wehrverhältnisse kann freilich erst erfolgen nach Verabschiedung des Reichswehrgesetzes, dessen Entwurf nach langwierigen Vorbereitungen dem Reichstage in diesen Tagen zugegangen ist.

sümnisse der Revolutionsregierungen auf dem Gebiet des Heerwesens liegen klar zutage. Das Gebiet hat man vielfach schon vergessen, dass sie ihre Wurzeln in den Missständen des alten Heerwesens hatten. Die übertriebene Kampfstellung gegen das Offizierskorps, die in ihrer Verallgemeinerung sicher ungerecht war, kann man keineswegs als ein Ergebnis von Hetzereien und Revolutionsabsichten abtun. Es sei daran erinnert, dass schon im Jahre 1916 in den Nervenklümmen eine Anzahl von Fällen konstatiert wurde, in denen das Abreisen der Achselstücke als Zwangsvorstellung der Kranken eine Rolle spielte. Das war lange, bevor man von einem russischen Vorbild reden konnte, und diese Vorstellungen rollten sich im Unterbewusstsein ab, hatten also keinesfalls mit irgendwelcher politischen Einstellung etwas zu tun.

Wer gerecht urteilen will, darf sich nicht mit der frommen Legende von Dolchstoss begnügen. Je vorurteilsloser die Betrachtung ist, desto eher wird man dazu kommen, einen Strich unter die Vergangenheit zu machen und dem neuen Heer alle Kräfte und Sympathien zuzuführen, die es befähigen, dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit zu nützen.

Das Schicksal Oberschlesiens

Bei der Vorbereitung für die Abstimmung in Oberschlesien, die durch die knappen Fristen des Abstimmungsreglements erschwert worden ist, hat sich gezeigt, dass ein Teil der Abstimmungsberechtigten im Reich durch die Schreckensnachrichten, die in den Wochen zuvor allzu eifrig verbreitet worden waren, derart eingeschüchert war, dass es einer starken Agitation bedurfte, um die üblichen Wirkungen einer Propaganda, die wider Willen den polnischen Bemühungen, den „Zug aus dem Reich“ fernzuhalten, zu Hilfe kam, abzuschwächen. Die neueren Meldungen stimmen darin überein, dass die internationalisierte Abstimmungskommission die Macht und den Willen hat, einen ruhigen Verlauf der Abstimmung zu sichern, wenn auch zweifellos eine Reihe von Beschwerden über eine gewisse Parteilichkeit einzelner Organe der Abstimmungskommission heraufgedrückt sind. Im übrigen darf gesagt werden, dass auch in den bisher für gefährdet gehaltenen Teilen des südlichen Industriebezirks die Stimmung für Deutschland, vor allem infolge der furchtbaren Verhältnisse Polens, im Steigen ist.

Die Preussischen Wahlen

Für die preussischen Landtagswahlen, die am 20. Februar stattfinden, ist das Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung noch kaum erwacht. Um so grösser ist der Eifer der Parteien. Es ist klar, dass das Nebeneinander von Reichsbehörden und preussischen Zentralbehörden, das ohnedies seit dem Wegfall der dynastischen Verbindungen das schwierigste Problem der deutschen Entwicklung bildet, auf die Dauer nicht dadurch kompliziert werden darf, dass die beiden Berliner Regierungen auch noch parteipolitische Gegensätze untereinander und gegeneinander auszugetragen haben. Die Deutschnationalen erstreben eine „rein bürgerliche“ Regierung im Reich wie in Preussen, in der sie naturgemäss die Führung hätten. Die Deutsche Volkspartei, die mit ihnen die Betonung des „schwarz-weißen“ Patriotismus und der monarchischen Staatsauffassung teilt, verfolgt das Ziel einer Koalitionsregierung der Mitte, also im Reich die Zuziehung der Sozialdemokraten, in Preussen die Ergänzung durch die Deutsche Volkspartei. Die Sozialdemokraten hatten ursprünglich die Hoffnung, einen grossen Erfolg davonzutragen, und bitten in diesem Fall Preussen weiterregiert und im Reich die Auflösung des Reichstages erzwingen. Ihre Erwartungen werden heute kaum mehr so weit reichen. Dass die Herstellung einer parteipolitischen Übereinstimmung zwischen der Reichsregierung und Preussen noch keineswegs eine Lösung der „preussischen Frage“ überhaupt darstellen würde, ist bisher in der Wahlbewegung kaum zum Ausdruck gekommen.

Damit ist die erste Etappe der Reparationsverhandlungen, die in Brüssel am 5. Dezember 1920 begonnen haben, zunächst abgeschlossen. Sie bestand aus zwei Teilen. Zunächst wurden im Rahmen der Brüsseler Konferenz und im Anschluss daran in Paris Verhandlungen zwischen deutschen und alliierten Sachverständigen geführt. Es galten der Entscheidung darüber, ob der von den französischen Ministerialdirektoren Seretoux ausgearbeitete Wiedergutmachungsplan als Grundlage der Verständigung dienen sollte. Dieser Plan sah in erster Linie deutsche Warenlieferungen vor, die von den deutschen Industriellen direkt an die französischen Abnehmer erfolgen und von der deutschen Regierung in Mark bezahlt werden sollten. Es handelte sich darum, zunächst die zu liefernden Quantitäten festzusetzen und dann auf Grund einer Verständigung über die Preise die Elemente zur vorläufigen Festsetzung von Annuitäten und schliesslich einer Gesamtsumme zu ermitteln.

Die deutsche Regierung hatte schon in Brüssel erklären lassen, dass die Leistungsfähigkeit Deutschlands von fünf Voraussetzungen abhängig sei, über die sie Zusagen verlangte, und zwar: Erhaltung Oberschlesiens beim Reich, Aufhebung der Meistbegünstigungsklausel für die Ententestaaten, die Behandlung der deutschen Auslandsguthaben, die Abgabe von Tonnage an Deutschland, Verminderung der Besatzungskosten. Diese fünf Punkte wurden im Januar nochmals formuliert. Der deutsche Minister des Auswärtigen hat sie nicht als Bedingungen für den Verhandlungsbeginn aufgefassen. Die französische Regierung aber hat sie so verstanden, und es ist zunächst fraglich, wie weit die Haltung der deutschen Presse mit Einschuss offiziöser Auslassungen und wie weit das Vorgehen der deutschen Vertreter in Paris dazu Veranlassung gab. Fest steht, dass man seither in Paris dem Drängen Englands nach sofortiger Fixierung der Gesamtsumme nachgab und sich darauf beschränkte, eine möglichst hohe Summe zu fordern. Der französische Finanzminister Doumer verlangte 42 Jahresraten à 12 Milliarden mit einem Kapitalisierungswert von rund 200 Milliarden Goldmark. Die Forderung wurde von Lloyd George als zu hoch befunden, und durch belgische Vermittlung kam schliesslich der Plan der oben erwähnten 42 Jahresraten zustande, deren Summe 226 Milliarden und deren kapitalisierter Wert rund 100 Milliarden Goldmark beträgt.

Die Pariser Beschlüsse im Reichstag

Die Ententotenote mit der Mitteilung der Pariser Beschlüsse über die Entwaffnung und die Wiedergutmachung traf am 31. Januar in Berlin ein. Im Reichstag erstreckte der Reichminister des Auswärtigen Dr. Simons, die Sitzung abzubrechen und ihm am kommenden Tage Gelegenheit zu einer ausführlichen Erklärung zu geben. Diese Erklärung, die in eingehenden Beratungen im Reichskabinet und mit den Parteiführern vereinbart wurde, behandelte Punkt für Punkt die Pariser Beschlüsse, und wies einleuchtend nach, dass die Forderungen der Entente innerlich widerspruchsvoll, für die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk unerträglich und für die Gesundheit der Weltwirtschaft schädlich und

Diese Ausgabe enthält:

Politischer Teil:

Frohn ohne Ende? von Georg Bernhard / Parlament der Tot von Julius Elbau / Tatsachen und Vorgänge / Kommentar

Technischer Teil:

Deutschlands Automobilismus von Konteradmiral a. D. Rampold / Luftfahrt / Wiedergewonnene Kohle

Export-Teil:

Vertragstreue! von Paul Rud. Singer / Das Musterlohn für den Export / Auslandsgründungen der Bankwelt / Markkurs und Börsen / Schiffahrt.

Kunst und Wissenschaft:

Die leere Bühne von Monty Jacobs / Berlin in der Weltmusik von Adolf Weissmann / Deutsches Porzellan von Otto v. Falke / Neue Bäder / Filmindustrie

Nächste Ausgabe:

Neue Wege des Exports